

Die **Kosten** der staatlich verursachten regelmäßigen

Bürokratiebelastung der Wirtschaft

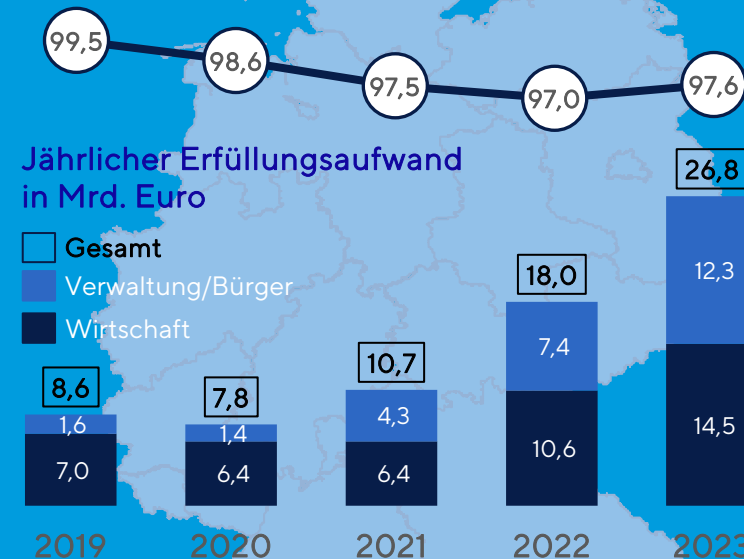
betragen 2023 14,5 Mrd. Euro.

So hoch war in Deutschland der sog. **jährliche Erfüllungsaufwand**, d. h. die Summe aus dem gesamten messbaren Zeitaufwand und den Kosten, die durch die Befolgung einer gesetzlichen Vorgabe bei den Unternehmen jedes Jahr wiederkehrend entstehen. Er war damit 2023 um 36,8 Prozent höher als 2022. Die Belastung für Verwaltung/Bürger ist um 66,2 Prozent gestiegen, wobei der Verwaltungsanteil in diesem Kostenblock von 90 Prozent 2022 auf 66 Prozent 2023 absank, d. h. die Bürger wurden stärker belastet als je zuvor. Hauptkostentreiber auch zu Lasten der Wirtschaft war die Änderung des Gebäudeenergiegesetzes.

Zusätzlich zum gestiegenen jährlich wiederkehrenden Erfüllungsaufwand wurde die Wirtschaft 2023 mit einem Umstellungsaufwand in Höhe von 20,2 Mrd. Euro vom Staat zur Kasse gebeten. Diese einmaligen Kosten waren rund achtmal höher als im Vorjahr und fast doppelt so hoch wie in der gesamten letzten Legislaturperiode zusammen.

Quellen: Nationaler Normenkontrollrat (NKR), Statistisches Bundesamt

Bürotratiekostenindex* 2012 = 100



*Der Bürotratiekostenindex wird vom Statistischen Bundesamt ermittelt und zeigt die Entwicklung der Kosten allein aus Dokumentations- und Meldepflichten, die den Unternehmen in Deutschland jährlich entstehen. Stichtag und Basis für den Index ist der 1. Januar 2012 und entspricht dem Wert 100.